



Im Gespräch mit: Daniel Jositsch

Die reformorientierte Plattform will die pragmatischen Kräfte in der SP bündeln. Dies sei nötig, weil die Partei zuletzt stärker nach links gerückt sei, sagt Gründungsmitglied Daniel Jositsch im Interview.

«Unsere Positionen haben Tradition»

Robin Blanck

Herr Jositsch, Sie sind Mitbegründer der reformorientierten Plattform der SP Schweiz, die sich unter anderem für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und für den Erhalt der Armee einsetzt – und die sich in weiteren Punkten gegen die Parteilinie stellt. Wieso sind Sie mit dem Kurs der SP unzufrieden?

Daniel Jositsch: Ein Teil der SP ist mit dem Kurswechsel, den die Partei beispielsweise in der Wirtschafts- und der Sicherheitspolitik vollzogen hat, nicht einverstanden. Die Unzufriedenheit mit einem Kurs am äusseren linken Rand des politischen Spektrums manifestiert sich in der Plattform.

Und wie ist es zu diesem Kurswechsel gekommen?

Jositsch: Ich weiss es nicht, ich kann lediglich feststellen, dass die SP in den letzten Jahren stärker nach links gerückt ist.

Der Kurs der Partei wird jeweils an einer Delegiertenversammlung bestimmt. Hat sich da etwas verändert?

Jositsch: Ich denke, diese Anlässe werden stark von Juso und Aktivisten dominiert, während der moderate Flügel weniger stark vertreten ist.

Erst kürzlich hat sich der Präsident der SP Neuhausen, Daniel Borer, zu Wort gemeldet und sich gegen den Linksaussen-Kurs der SP Schweiz gestellt: Die Sektion wolle «nicht den Kapitalismus überwinden, die Armee beseitigen oder die Marktwirtschaft abschaffen». Stehen Sie mit den Neuhausern in Kontakt?

Jositsch: Ich persönlich noch nicht. Inhaltlich sehe ich klare Parallelen zwischen der reformorientierten Plattform und den Aussagen von Daniel Borer. Diese Wortmeldung ist ein Fall, der öffentlich geworden

ist. Es gibt andere in verschiedenen Kantonen, die so denken.

Der Neuhauser SP-Sektion wurde unterstellt, sie positioniere sich nur zu Profilerungszwecken mit ihrer Kritik; dieser Vorwurf wurde auch schon gegenüber der Plattform erhoben. Wie reagieren Sie darauf?

Jositsch: Diesen Vorwurf finde ich immer wieder amüsant. Als Politiker ist es ja gerade

«Würden uns der linke Flügel der Partei und die Juso nicht kritisieren, hätten wir wohl etwas falsch gemacht.»

unsere Aufgabe, in der Öffentlichkeit präsent zu sein, sich zu manifestieren. Diese Kritik zielt daher in meinen Augen ins Leere. Und solange man uns nur das vorwirft, fehlt es offenbar an guten inhaltlichen Argumenten gegen unsere Position. Abgesehen davon: Würden uns der linke Flügel der Partei und die Juso nicht kritisieren, hätten wir wohl etwas falsch gemacht.

In Wirtschaftsfragen stellt sich die Plattform gegen das SP-Positionspapier «Wirtschaftsdemokratie» und gegen die 99-Prozent-Initiative. Worin unterscheiden sich die Plattform und die Parteilinie in Sachen Wirtschaftspolitik?

Jositsch: Ich kann das an Grundsätzen aufzeigen: Im Unterschied zur SP sind wir nicht Anhänger einer staatlich geleiteten Wirtschaft, sondern gehen umgekehrt von einer marktwirtschaftlichen Situation aus – Unternehmen und Menschen sind grundsätzlich frei. Allerdings müssen bestimmte Werte berücksichtigt werden: Ökologische und soziale Rahmenbedingungen schrän-



ken diese Freiheit ein – in diesem Punkt unterscheiden wir uns auch von den bürgerlichen Positionen. Ein weiteres Beispiel ist das aktuelle neue Positionspapier der SP: Dort werden noch zwei Arten von Akteuren unterschieden: Arbeitnehmer, die von der SP vertreten werden, und Arbeitgeber, also die Kapitalgeber. Im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung der Partei sehen wir in den Arbeitgebern aber nicht einfach die «Bösen», sondern sehen das differenzierter.

Sie haben das Thema «Öffentliche Sicherheit» angesprochen, zu dem sich die Plattform auch geäußert hat: In einem Positionspapier werden mehr Polizeipräsenz und stärkerer Schutz von Polizeiangehörigen gefordert, dazu die Zulassung von Phenotyping, die Einschränkung bedingter Strafen und der Ausbau des Grenzwachtkorps, weil nebst «echten Flüchtlingen» Personen mit «gefährlichen Absichten die Grenze passieren»: Das tönt alles nach einer harten Linie, nach klassischem Law & Order bürgerlicher Prägung und nicht nach klassischer SP-Linie. Einverstanden?

Jositsch: Natürlich gibt es hier Unterschiede zur SP, aber wir nehmen keine radikal bürgerliche Position ein: Wir sagen ja nicht, alle Ausländer, die selbst Bagatelldelikte verübt haben, müssen das Land verlassen, wie die SVP das sagt, sondern sehen einen Landesverweis als Sanktion für jene Ausländer, die schwere Delikte begangen haben. Auch beim Strafrecht fordern wir nicht einfach härtere Strafen, sondern wollen auch mehr in Prävention investieren.

Das dürfte in der Partei nicht nur auf Gegenliebe stossen. Wie fällt die Reaktion innerhalb der Partei aus?

Jositsch: Wir vertreten eine Mitteposition: Für jene links aussen ist diese Haltung zu weit rechts, für jene rechts zu weit links. Wir müssen uns mit der Kritik von beiden Seiten auseinandersetzen – und dabei die Balance behalten.

Ursprünglich wurde der Plattform versprochen, sie könne sich in der SP-Partei-Zeitschrift den Mitgliedern vorstellen; das

wurde dann aber nicht eingehalten. Roger Nordmann verlangt von Ihnen, dass Sie Ihre Forderungen in der Partei und nicht medial erheben. Wieso reagiert man so empfindlich auf die Plattform?

Jositsch: Das ist mir auch ein Rätsel. Ich sehe es so: Wir haben rund 1000 Menschen, die bei uns mit dabei sind, darunter solche, die nicht in der SP sind, und solche, die ohne uns aus der Partei ausgetreten wären. Insofern ist die Plattform eine Bereicherung. Wieso Roger Nordmann das anders sieht, müssen Sie ihn fragen.

Und wie ist das Verhältnis zur Parteileitung heute?

Jositsch: Ich würde es so formulieren: Der linke Flügel reagiert mit Stör- und Behinderungsaktionen auf uns, wobei hier durchaus einmal persönlich gefärbte Angriffe mitspielen können. Das Verhältnis zur Parteileitung würde ich als unklar bezeichnen – hier stehen weitere Gespräche an.

Wohlgefallen ist die Plattform im Parteivorstand also nicht?

Jositsch: Nein, das nicht – aber wir haben uns durchaus eine etablierte Position erkämpft.

Stand auch die Gründung einer eigenen Partei wie weiland bei der BDP zur Debatte?

Jositsch: Nein, ich wüsste auch nicht, weshalb. Das Entstehen der BDP zum Beispiel geht auf die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf und das Bedürfnis von Teilen der SVP-Mitglieder nach einer gemässigten politischen Linie zurück. Bei uns ist das anders: Erstens bewegt sich die Plattform nicht von der Partei weg, sondern beruft sich auf Positionen, welche in der SP Tradition haben. Zweitens stehen hinter der Plattform Exponenten, die bei Wahlen gute Resultate erzielen und Stimmen bei der klassischen SP-Wählerschaft machen. Pascale Bruderer oder auch ich haben – in aller Bescheidenheit – mehr sozialdemokratische Wähler als unsere Kritiker. Aus dieser Perspektive müssten sich eher diese die Frage stellen, ob sie am richtigen Ort



sind, und nicht wir.

Pascale Bruderer gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Plattform und hat jüngst ihren Rücktritt aus der Politik angekündigt. Verliert der Reformflügel der SP damit nicht weiter an Kraft?

Jositsch: Das ist sicher für die Leitung der Plattform ein Verlust. Aber das ist immer so bei Rücktritten; damit kommen einfach andere Personen neu in die Verantwortung.

Ist das auch als eine Reaktion auf den Kurs der Mutterpartei zu verstehen?

Jositsch: Das müssen Sie Frau Bruderer fragen.

Die reformorientierte Plattform hat gemäss Ihnen noch immer die grösste inhaltliche Schnittmenge mit der SP. Mit welcher Partei teilt man am zweitmeisten Positionen?

Jositsch: Das ist nicht einfach zu beantworten: sicher nicht mit der SVP.

Kommen wir noch kurz auf das Papier zur Sicherheitspolitik zurück: Dort heisst es auch, dass «Kriminalität von Ausländern nicht verharmlost» werden sollte.

Auf wen zielt dieser Vorwurf? Die SP?

Jositsch: Die SVP sieht in diesem Thema die Ursache allen Übels, die SP wiederum

stellt die Bedeutung des Themas zu stark infrage. Wir glauben, dass man Ross und Reiter beim Namen nennen und auch über Ausländerkriminalität sprechen muss. Das heisst aber umgekehrt nicht, dass wir die Nationalität als Ursache von Kriminalität betrachten.

Wie beurteilen Sie das Vorgehen der Stadtpolizei Zürich, die auf die Nennung der Nationalität in Polizeimeldungen verzichtet?

Jositsch: Das Problem ist, dass Menschen Vorurteile gegenüber Ausländern haben und die Nationalität bei Meldungen über Verbrechen daher als relevant eingestuft wird. Ich glaube, die Leute sollten diese Information erhalten, aber wir müssen darauf hinarbeiten, dass sie keine Relevanz mehr für sie hat – das Vorurteil also abgebaut wird.

Kürzlich war zu lesen, dass die Plattform an einem Positionspapier zur Migrationspolitik arbeitet. Geben Sie uns einen kurzen Einblick: Was steht dort drin?

Jositsch: Noch liegt das Papier nicht vor, aber es wird um Fragen gehen wie die Haltung zu einem Burkaverbot – das ist anspruchsvoll und verlangt eine sorgfältige interne Diskussion.

Daniel Jositsch

ist Zürcher SP-Ständerat. Der 52-Jährige ist Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Zürich.

Die reformorientierte Plattform der SP

wurde Ende 2016 von einer Gruppe von SP-Politikern gegründet, zuerst als Reaktion auf die wirtschaftspolitischen Pläne der SP. Die Plattform soll die pragmatischen Kräfte der SP bündeln. Zu ihr gehören nebst Jositsch zum Beispiel Pascale Bruderer, Chantal Galladé und Yvonne Feri.



Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 3
Fläche: 114'565 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 68365341
Ausschnitt Seite: 4/4



Daniel Jositsch und seine reformorientierte Plattform weichen bei Wirtschafts-, aber auch bei der Sicherheitspolitik vom klassischen SP-Parteiprogramm ab.

BILD KEY